



Am 27. Januar 1945 öffneten in den frühen Morgenstunden sowjetische Soldaten in Auschwitz-Birkenau die Tore des Konzentrationslagers. Unvorstellbar grauenhafte Bilder zeigten sich ihnen. Wir alle haben sie in den verschiedensten Dokumentationen der Nachkriegszeit auch zur Kenntnis nehmen können.

Auschwitz ist das Synonym für den Massenmord der Nazis an den europäischen Juden. Auschwitz ist Ausdruck des Rassenwahns und das Kainmal der deutschen Geschichte. Auschwitz steht symbolisch auch für alle anderen Tötungsfabriken der Nazis und somit für den größten Massenmord in der Geschichte der Menschheit!

Am 27. Januar 2015 jährte sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee zum 70. Mal. Dieser Ort sei allezeit ein Aufschrei der Verzweiflung und Mahnung an die Menschheit. Hier ermordeten die Nazis über anderthalb Millionen Männer, Frauen und Kinder. Die meisten waren Juden aus verschiedenen Ländern Europas. Der Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz wurde 1996 auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog offizieller deutscher Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. In seiner Proklamation führte Herzog aus: »Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerens zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.

Ich wünsche mir, dass der 27. Januar zu einem Gedenktag des deutschen Volkes, zu einem wirklichen Tag des Gedenkens, ja des Nachdenkens wird.«

Der 27. Januar ist kein Feiertag im üblichen Sinn. Er ist ein »Denk-Tag«: Gedenken und Nachdenken über die Vergangenheit schaffen Orientierung für die Zukunft.

Die beste Versicherung gegen Völkerhass, Totalitarismus, Faschismus und Nationalsozialismus ist und bleibt die lebendige Erinnerung an und die aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte. Deshalb dürfen wir kein Verständnis dafür haben, dass

■ in unserer heutigen Welt, nach den Erfahrungen und Lehren zweier furchtbarer Weltkriege, die von deutschem Boden ausgingen, sich Menschen aus Glaubensfragen, aus Profitgier, Neid und Menschenverachtung gegenseitig umbringen;

■ wieder Völkermord in unserer zivilisierten Welt von Politikern in islamistischen Staaten und Staaten der Dritten Welt begangen wird;

■ Weltoffenheit und Toleranz, ein friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlichster Weltanschauungen und Religionen, unterschiedlichster Hautfarbe und Herkunft durch Rechtsextremisten auch in Deutschland negiert – ja bekämpft werden.

Pflegen wir eine Willkommenskultur nicht nur gegenüber unseren Gästen, die unsere Region besuchen und erleben wollen. Pflegen wir auch eine Willkommenskultur gegenüber den Menschen, die genau deshalb ihr zu Hause, ihre Heimat verlassen haben, weil in ihren Ländern Krieg herrscht, Familienangehörige ermordet wurden, ihr eigenes Leben bedroht war oder weil sie keine Lebensgrundlage dort mehr besitzen.

Schaffen wir gemeinsam dafür Voraussetzungen, dass sie hier bei uns ein neues zu Hause finden, leben und arbeiten können.

**Felix Thier**, Luckenwalde



## Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser,  
liebe Genossin, lieber Genosse,

das neue Jahr ist schon wieder einen Monat alt. Dennoch wünsche ich auf diesem Wege allen ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2015!

Seit der letzten Ausgabe vom Linksblick gibt es mittlerweile den ersten Ministerpräsidenten der LINKEN in Deutschland, Griechenland hat mit der Wahl von SYRIZA und Alexis Tsipras ein deutliches Zeichen gegen das Spardiktat der EU à la Merkel gesetzt. Die Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen lassen in den Umfragen auch gute Ergebnisse für DIE LINKE erhoffen.

Leider haben wir als LINKE Teltow-Fläming seit der Wahl im September 2014 keinen »eigenen« Abgeordneten mehr im Brandenburger Landtag. Umso mehr bin ich jetzt erfreut, dass Anita Tack die Betreuung unseres Kreisverbandes und die politische Anbindung nach Potsdam übernehmen wird. Willkommen Anita Tack!

**FELIX THIER**  
Kreisvorsitzender



## LANDTAG UND KOMMUNE

### VON ANITA TACK

#### Liebe Leserinnen und Leser im Landkreis Teltow-Fläming,

nun hat sich nach den Landtagswahlen im September 2014 alles neu gefügt, und dazu gehört auch, dass ich im Auftrag der Linksfraktion im Landtag Brandenburg »für Teltow-Fläming zuständig« bin, wie es so im Organisationsdeutsch heißt. Mein Heimatwahlkreis liegt in Potsdams Mitte.

Ich mache das gern. Und ich denke, dass das nützlich sein wird für Euch/Sie und für mich.

Ich bringe viele neue Erfahrungen mit. Als Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, die ich von 2009 bis 2014 war, bin ich viel im Land und natürlich auch in Teltow-Fläming unterwegs gewesen. Unser Motto: »Gesund leben in einer intakten Umwelt« – öffentliche Daseinsvorsorge stärken und damit gute Lebensbedingungen für die Bevölkerung in den unterschiedlichen Regionen des Landes sichern war die richtige Maxime.

Und das Wichtigste waren die Begegnungen und Gespräche mit den Menschen. Es bleibt aus allem vor allem eines: das Wissen darum, dass wir gebraucht werden. Die immer wieder erneuerte Erfahrung, dass die Partei DIE LINKE eine verlässliche Größe im politischen Leben unseres Landes ist, an die die Menschen große Erwartungen haben.

Diesen Erwartungen immer wieder gerecht zu werden: Daran will ich mit Euch/Ihnen gemeinsam arbeiten. Ich nehme den Grundsatz ernst, wonach alle gute, mit den Menschen

verbundene politische Arbeit in der Kommunalpolitik beginnt, und will den Haupt- und Ehrenamtlichen im kommunalpolitischen Engagement eine zuverlässige Partnerin sein. Teltow-Fläming ist der einzige Landkreis in Brandenburg mit einer Landrätin, und die kommt von uns, von der LINKEN – das ist doch ganz klar, dass diese Bastion unserer Arbeit weiter gestärkt werden muss und Konni Wehlan auch in mir eine Mitstreiterin hat.

Im neuen Landtag habe ich die Arbeit auf meinem alten parlamentarischen Tätigkeitsfeld wieder aufgenommen: in der Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik, die Bereiche Mieten und Baupolitik gehören auch dazu. Da sind die bekannten Themen der Daseinsvorsorge wieder da.

Ich bin gespannt darauf, welche neuen Anregungen und Vorschläge wir entwickeln werden können.

Natürlich weiß ich, dass es im Kreisverband der LINKEN auch eine Menge Fragen zu unserem Wahlergebnis gibt und zu den Schlussfolgerungen, die daraus zu ziehen

sind. Ich bin für solche Diskussionen offen und hoffe auf vertrauensvolle Begegnungen. Wichtig ist mir, dass wir uns gemeinsam dessen bewusst sind, dass wir erneut in Regierungsverantwortung gewählt worden sind und dass wir die Aufgabe haben, uns dieser Verantwortung zu stellen. Es ist unsere ganze Partei, die in dieser Verantwortung steht – und sie muss ihre Arbeit so organisieren und inhaltlich gestalten, dass dies in der ganzen Gesellschaft spürbar wird.

Lasst es uns gemeinsam mit Sympathisant/innen, die das von uns erwarten, angehen!

**Eure/Ihre Anita Tack**

#### Kontakt:

Anita Tack, MdL  
 Landtag Brandenburg  
 Alter Markt 1  
 14467 Potsdam  
 Tel: 0331/966 15 10  
 Fax: 0331/966 15 07  
 E-Mail: anita.tack@linksfraktion-brandenburg.de

### VON NORBERT MÜLLER, MITGLIED DES BUNDESTAGES

#### Hartz IV ist Armut per Gesetz

»Ich akzeptiere nicht, dass Menschen, die arbeiten wollen und können, zum Sozialamt gehen müssen, während andere, die dem Arbeitsmarkt womöglich gar nicht zur Verfügung stehen, Arbeitslosenhilfe beziehen.« (Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003)

Die Sozialsysteme sollten leistungsfähiger werden, Neueinstellungen erleichtert, die Arbeitslosigkeit abgebaut, Investitionen damit stimuliert werden. Als Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im März 2003 die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe verkündete, war noch wenig klar, wie tiefgreifend der Um- und Abbau des Sozialstaates erfolgen würde. Zum 1. Januar 2005 war die Einführung des neuen »Arbeitslosengeldes II« nach monatelangen Massenprotesten und regelrechten Abstürzen der SPD bei mehreren Landtagswahlen schließlich vollzogen worden.

»Hartz IV ist Armut per Gesetz« plakatierte die PDS tausendfach – und erahnte dabei nur ansatzweise, wie umfassend sich Sozialsystem und Arbeitswelt wandeln würden. Für Protest sorgten in diesen Jahren vor allem die äußerst niedrigen Regelsät-

ze (die nach Ost und West auch noch unterschiedlich hoch waren), die Konstruktion sogenannter Bedarfsgemeinschaften und der Zwang zum Verbrauch des eigenen Vermögens, bevor man in Bezug von Leistungen nach dem SGB II (also ALG II) kam.

Von viel größerer Wirkung aber waren die fast völlig gefallenen Zumutbarkeitsregeln zur Aufnahme einer neuen Arbeit – vor allem in Verbindung mit von Jahr zu Jahr verschärften Sanktionen. Als Antwort auf die Proteste des Jahres 2004 gingen die Mehrheitsparteien im Bundestag in Verbindung mit den Mainstreammedien in die Offensive. Angeblicher »Sozialmissbrauch« und »faule Arbeitslose« bestimmten mehr und mehr das öffentliche Bild von Menschen, die auf Hartz IV angewiesen waren. In einer Broschüre des Bundeswirtschaftsministeriums aus dem Jahre 2005 (mit Vorwort des Ministers Clement) hieß es pauschal über ALG-II-EmpfängerInnen: »Biologen verwenden für Organismen, die auf Kosten anderer leben, die Bezeichnung Parasiten.«

Zehn Jahre nach der Einführung des neuen Arbeitslosengeldes II kann die Bilanz der damals und heute Verantwortlichen und der LINKEN



## BUNDESTAG UND KOMMUNE

und Gewerkschaften unterschiedlicher kaum ausfallen. Während Union und SPD sich rühmen, dass Deutschland vom »schwachen Mann« Europas wieder zur wirtschaftlichen Großmacht aufgestiegen sei und die Krise wegen der Agenda-Politik gut gemeistert habe, zeichnet die Realität ein anderes Bild: Zwar stimmt es, dass die Beschäftigung einen Rekordstand erreicht hat, jedoch fand vor allem ein Umbau in der Arbeitswelt statt. Hunderttausende Normalarbeitsverhältnisse wurden zugunsten von Mini- und Midijobs, befristeten Verträgen, Werkverträgen, Teilzeitstellen und Leiharbeit verdrängt. Real blieb das Arbeitsvolumen im Jahr 2011 fast identisch mit dem von 2000 (57.922 Millionen Arbeitsstunden in 2000/57.887 Millionen in 2011) – es gab also gar

keinen Aufwuchs von Beschäftigung. Massiv gewachsen ist der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten (6,63 Millionen 2000 auf 7,92 Millionen Menschen 2011); explodiert geradezu der Leiharbeitssektor (327.000 zum Start von Hartz IV auf mehr als 900.000 in 2012). Drei von vier der vollzeitbeschäftigten Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern haben dabei ein Einkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle. Für 1,3 Millionen Beschäftigte lag vor der Einführung des Mindestlohns das Einkommen gar so niedrig, dass es aufgestockt werden musste – ArbeitnehmerInnen entkamen also trotz Arbeit nicht dem Griff der Jobcenter. Hartz IV sollte Anreize schaffen, schnell wieder in reguläre Beschäftigung zu wechseln. Heute wissen wir, dass das System von »Fördern und Fordern« vor allem ein System von Erpressung, Nötigung und Demütigung ist, aus dem man selbst durch Arbeit nur schwer entkommt.

DIE LINKE fordert dagegen eine bedarfsdeckende, sanktionsfreie soziale Mindestsicherung. Der Wegfall der harten Zumutbarkeitsregeln und der Sanktionen wäre neben der Erhöhung des Regelsatzes ein erster Schritt.

## 10 Jahre Hartz IV – Betroffenen ist nicht zum Feiern zumute

Wir, der Verein für soziale Selbstverteidigung, können nicht in die Jubelgesänge der großen Koalition der Hartz-IV-Parteien einstimmen. Wir möchten an dieser Stelle nicht auf die schöngerechneten Zahlen der monatlichen Arbeitsmarktstatistiken eingehen.

Eines müssen wir jedoch ganz klar anerkennen, Hartz IV war und ist erfolgreich. Erfolgreich in dem Sinne, dass eine neue Klasse von gesellschaftlich diffamierten Menschen geschaffen wurde, die unter Androhung des Entzugs des Existenzminimums dazu gezwungen werden, erbärmlichste Löhne und rechtswidrige Arbeitsverhältnisse zu akzeptieren. Ein Paradies für Firmen, deren Geschäftsmodell geradezu darauf ausgelegt ist, sich ihre Lohnkosten vom Steuerzahler subventionieren zu lassen. Daraus resultiert eine zunehmende Einkommensarmut und in deren Folge Kinderarmut. Laut Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat die Einführung

des Arbeitslosengeldes II, das den Kernpunkt von Hartz IV bildet, die Zahl der von Armut betroffenen Kinder unter 15 Jahren auf 1,7 Millionen steigen lassen.

Die betroffenen Menschen werden nach wie vor gedemütigt und schikaniert, geltendes Recht wird den Menschen vorenthalten, was unter anderem zur Folge hat, dass die Aggressionen in den Fluren der Behörden steigen. Dem begegnen die Behörden mit Sicherheitspersonal, einer Maßnahme, die nicht geeignet ist, Vertrauen zu fördern.

Unabhängige Sozialberatung ist so notwendig wie noch nie, z. B. durch Beratungsstellen der AWO, des ALV oder kirchliche Stellen wie die Diakonie. Die Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen oder das Schreiben von Widersprüchen ist wichtig, aber dies reicht bei vielen Betroffenen nicht mehr aus.

Was unterscheidet uns von den oben genannten Beratungsstellen? Viele Menschen haben regelrecht

Angst vor dem Gang zum Briefkasten, weil sie befürchten, eine Vorladung zum Jobcenter darin zu finden. Was macht dieser ständige Druck mit den Menschen?

Bei den AOK-Versicherten ist der Anteil der Depressiven unter den Hartz-IV-Empfängern von 10,6 Prozent im Jahr 2007 auf 14,8 Prozent im Jahr 2011 gestiegen, die BKK meldet einen Anstieg von 9,6 Prozent im Jahr 2005 auf 13,4 Prozent im Jahr 2009 sowie auf 16,4 Prozent 2011, zuletzt allerdings für die Gesamtzahl aller Arbeitslosen.

Wir bieten den Menschen an, sie zum Amt zu begleiten, den zuständigen Mitarbeiter zu finden und die Probleme vor Ort zu klären. Es hilft den Betroffenen wenig, wenn die Bearbeitung von Widersprüchen bis zu acht Monate dauert, das Geld zum Leben aber sofort benötigt wird. Häufig ist es nötig, mehrmals zum Amt zu fahren, um einem Betroffenen zu seinem Recht zu verhelfen. Auch wenn es nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, da wir nicht an den »bedauerlichen Einzelfall« glauben, bleibt uns doch das gute Gefühl, einen kleinen Sieg errungen zu haben.

Doch immer öfter können wir nicht mehr helfen, da wir die finanzielle Belastung nicht mehr stemmen können, was nicht nur wir, sondern auch viele Betroffene bedauern.

**Nadine Fischer und Michael Maurer**, Verein für soziale Selbstverteidigung

## Rangsdorf verleiht erstmals Ehrenpreis



Anlässlich des Neujahrsempfanges des Bürgermeisters von Rangsdorf wurde unsere Genossin Dr. Käthe Vogeler-Seelig als erste Rangsdorfer Bürgerin mit der erstmals gestifteten Ehrennadel ausgezeichnet. Sie ist »eine Ehrenbezeugung der Gemeinde Rangsdorf für Menschen, die sich mit ihrem Wirken um unseren Ort besonders verdient gemacht haben«. Mit einer Laudatio von Petra Siegert, Bibliotheksleiterin, wurden die literarischen Arbeiten der Preisträgerin und ihr Wirken für das kulturelle Leben in Rangsdorf gewürdigt. Dr. Käthe Vogeler-Seelig, die kurz vor ihrem 100. Geburtstag steht, hat in ihrem Leben alles getan, junge Menschen dahin zu führen, für eine sozial gerechte Ordnung, für Toleranz, Solidarität und eine friedliche Entwicklung einzutreten. Der Ortsverband DIE LINKE beglückwünscht Genossin Dr. Vogeler-Seelig und wünscht der rüstigen Seniorin Gesundheit und weiteres literarisches Wirken.

**Achim Reichardt**, Rangsdorf



## DIE LINKE im Jobcenter – Mein innerer Konflikt

Für einen Auszubildenden bei der Agentur für Arbeit gehört es auch dazu, dass ich alle Bereiche in einem Jobcenter kennenlerne und auch mitarbeite. In meinem ersten Praktikum im SGB-II-Bereich (Jobcenter) war ich sehr unvoreingenommen und habe mich über eine neue, noch unbekannte Herausforderung gefreut. Schon am ersten Tag merkte ich den großen Unterschied zur Agentur für Arbeit. Ich war auf dem Weg in das Jobcenter, doch der Weg wurde mir von Polizisten versperrt. Ein Polizist erklärte mir, dass ich nicht in das Jobcenter könne, da am Mitarbeiteringang wohl eine herrenlose Tasche stehe und es sich dabei um eine Bombe handeln solle.

Die Sicherheitsvorkehrungen waren groß. Letztendlich war es wohl nur eine Attrappe.

Meine neuen Kollegen waren relativ gelassen und sagten Sachen wie: »Ja, das kommt hier schon mal vor.« Ich war schockiert. Dann endlich arbeiten. Die Schlange war jeden Tag sehr lang. Ich lernte gescheiterte Existenzen kennen, Leute, die alles für einen Job tun würden, jedoch aufgrund ihres Alters oder geringer Qualifikation kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben. Die meisten kamen, um sich einen Vorschuss aus dem folgenden Monat zu holen, eine endlose Spirale. Ich traf aber auch Menschen, die sich nicht bemühten eine Arbeit zu finden. Es geht ihnen scheinbar gut im Arbeitslosengeld-II-Bezug, darunter viele Jugendliche in meinem Alter, hoch sanktioniert, aber offenbar war es ihnen egal. Auch das Ein-

kaufen mit »Warengutscheinen« war für sie kein Problem. Da wurde mir bewusst, auch wenn ich nach wie vor die Sanktionierungen für nicht rechtens halte, dass ein gewisser Druck notwendig ist. Sanktionen treten ja nicht ohne Grund ein. Sie werden erteilt, weil die Leute nicht zu ihren Terminen erschienen sind. Sie haben durchschnittlich alle ein bis zwei Monate einen Termin. Viele kommen ihrer Pflicht nach und erscheinen dort, aber es gibt auch genug die es nicht tun.

Darf man aber den von »Experten« ausgerechneten Betrag für den Mindestlebensunterhalt wirklich kürzen?

Meiner Meinung nach ist es notwendig, dass es irgendwas gibt die Arbeitslosen auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen, sonst könnte

jeder »machen was er will«. Leider trifft es aber oft die Falschen. Das ärgert mich und dann denke ich: es muss doch eine andere Möglichkeit geben. Aber was? Sanktionierungen abschaffen und Belohnungen einführen?

Das sogenannte »Hartz IV« ist mit Sicherheit nicht die Lösung, aber wer sich informiert, kann auch mit dieser Grundsicherung bis zum nächsten Job leben.

Ich werde meine Arbeit weiter ausführen und den Menschen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Das, was vorerst bleibt ist der Konflikt in mir: Wer hat Recht? DIE LINKE oder mein Arbeitgeber?

**Philip Petzhold**, Regionalverband TF Süd



## Jahresauftakt 2015 der Europäischen Linken

Am 11. Januar lud die Europäische Linke zum Jahresauftakt 2015 unter dem Motto »1945: Befreiung von kapitalistischer Barbareik in die Volkshöhle ein. Katja Kipping eröffnete den Politik-Event mit einer flammenden Rede gegen Rechtspopulismus, Großmachtdenken, Terrorismus und Rassismus. Dabei ging ihr Blick nicht nur zurück, sondern vor allem in das Heute und in die Zukunft. Sie dankte allen Genossinnen und Genossen für die »gelebte Willkommenskultur und allen, die sich gegen Nazikultur Woche für Woche stellen«. Sie sprach sich im Namen der LINKEN unter anderem für die Abschaffung von Harz IV aus und sagte: »Unter 1.500 Euro darf niemand nach Hause gehen.« Es gilt, das Leitbild einer verbindenden Partei zu schaffen und gemeinsam die gesellschaftlichen Interessen in den Mittelpunkt zu stellen. Die Gesellschaft mit ihren Widersprüchen ist das Kampffeld für DIE LINKE, dazu gehört vor allem auch ein »Nein zum Krieg!«.

Nach einer Gedenkminute für die Opfer der französischen Zeitschrift »Charlie Hebdo« begannen die Talkrunden, bei denen sich u.a. Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Daniela Dahn und Gregor Gysi den Fragen von Diether Dehm stellten und

über die Zusammenhänge von Krieg, Ökonomie, Gewalt und Terrorismus diskutierten. Begrüßt wurden als Gesprächspartner, Redner oder Künstler auch Bernd Riexinger, Erno Crespi, Esther Bejarano, Maite Mola, Mellow Mark sowie der bayrische Schauspieler Ottfried Fischer, der sich mit einem eindeutigen »Nie wieder!« zu Fragen des Krieges positionierte. Eine Welle der Sympathie wurde Despina Kostopoulou entgegengebracht, die über das eigene und das Schicksal anderer Putzfrauen in Griechenland sprach, die aus dem Finanzministerium entlassen worden waren und nun um Arbeit und Brot kämpfen. Sahra Wagenknecht sprach unter anderem darüber, dass es Menschen gibt, die teilweise tatsächlich eine soziale Verschlechterung spüren, die tatsächlich Wohlstand verloren haben, aber die ihre Wut nicht adressieren an die, die verantwortlich sind für diese Misere, sondern die sich von rechten Rattenfängern, von Rechtspopulisten in eine Richtung drängen lassen, wo sie sagen: Der Flüchtling ist schuld oder der Zuwanderer oder jetzt der sogenannte Islamismus. Umso wichtiger ist es, dass Alternativen, linke Alternativen die wirklich Verantwortlichen benennen und dass sich endlich

der Protest gegen die richtet, die das alles angerichtet haben. Oskar Lafontaine ließ den jüngsten Terroranschlag in Paris nicht unerwähnt und sagte, dass eine besondere Aufgabe in der Diskussion darin besteht, wie der Terrorismus bekämpft werden kann. »Den Menschen, den Terroristen fehlt es an Liebe zum Menschen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass sie wieder Liebe fühlen.« Es geht auch um die Frage der Definition von Terrorismus. Es geht um eine Politik des Gewaltverzichts. Die Politik gegenüber Russland muss sich ändern, denn Frieden in Europa geht nur mit Russland. Wir müssen zurückkehren zur Politik der Entspannung. Jede Art von Politik muss bekämpft werden, die Ausgrenzung und Ohnmacht erzeugt, und wir müssen für eine Gesellschaft kämpfen, in der die Würde des Menschen unantastbar ist, so Lafontaine. Das gemeinsam gesungene Lied von Pete Seeger, »We Shall Overcome«, beendete die herausragende politische Bekundung der Europäischen Linken, die von allen Anwesenden als Inspiration und Motor für die weitere Arbeit angesehen werden darf und wird.

**Sabine Gumpel**, BO Trebbin

## Politische Diskussion in weihnachtlicher Atmosphäre

Im Dezember trafen sich in Mahlow einige Genossinnen und Genossen sowie Sympathisanten, um gemeinsam über das vergangene Jahr zu diskutieren und sich über aktuelle Themen aus der Gemeinde zu informieren. Zu Gast waren die Fraktionsvorsitzende Stefanie Nimz und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Finanzausschusses, Anke Scholz. Beide gaben den Anwesenden einen kurzen Überblick darüber, was in den

vergangenen Monaten in der Gemeindevertretung passiert ist und was sich seit der Kommunalwahl im Mai verändert hat. Dabei spielten die personellen Veränderungen, die Neubesetzung und Umformung der Ausschüsse, die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen sowie die verbesserte Atmosphäre in der Gemeindevertretung eine große Rolle. Intensiv diskutiert wurde an diesem Vormittag außerdem über die Risiken, die mit dem Bau einer eigenen

Schwimmhalle in unserer Gemeinde verbunden sind, sowie über neue und andere Konzepte zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen. Bei Kaffee, Keksen und Stollen konnten wir das vergangene Jahr etwas Revue passieren lassen und gemeinsam beraten, welche Projekte 2015 in Angriff genommen werden sollten.

**Detlev Schiemann**,  
BO Blankenfelde-Mahlow

## 20. Internationale Rosa-Luxemburg- Konferenz

Am 10. Januar 2015 fand in der URANIA in Berlin die 20. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz statt. Die Beiträge waren vor allem ausgerichtet auf den 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, verbunden mit der Forderung: **Frieden statt NATO!** Es sprachen der Publizist Otto Köhler, Radhika Desal von der Universität Manitoba aus Kanada, von der Partei DIE LINKE Oskar Lafontaine und Hans Modrow, Peter Mertens, Vorsitzender der Partei »Die Arbeit« Belgiens, der Botschafter Kubas u.a. Im Podiumsgespräch »Der Abschied der Linken vom Antimilitarismus« referierte Oskar Lafontaine zum Thema »Linkspartei-Haltelinie Kriegseinsätze«. Neben dem Podiumsgespräch gab es eine Expertenrunde mit aktuellen Beispielen antimilitaristischer Aktionen, eine Kunstausstellung »Eine bessere Welt ist möglich«, ein Jugendforum »Arme Jugend?! – Die Prekarisierung der Arbeit und kämpferische Strategien in Lohnkämpfen«.

Mit Freude nahmen die Konferenz-Teilnehmer zur Kenntnis, dass die fünf kubanischen USA-Häftlinge nach 16 Jahren während internationaler Solidarität freigelassen wurden. Wie jedes Jahr gab es ein Telefonat mit dem seit mehr als 35 Jahren unschuldig in den USA eingekerkerten Journalisten Mumia Abu Jamal. Dem Hauptthema der Konferenz folgend wurde festgestellt, dass die NATO seit mehr als 20 Jahren in Europa und weiten Teilen der Welt eine Blutspur hinterlässt. Seit ihrem Eingreifen in die Auflösung Jugoslawiens in den 1990er Jahren unterstützt sie Angriffskriege außerhalb des Vertragsgebietes und erklärt sie zu Bündnisfällen, also Verteidigungsmaßnahmen: in Afghanistan, am Horn von Afrika, im Mittelmeer, in Somalia, Libyen und de facto Syrien. Die Forderung der mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale endenden Konferenz war deshalb: **Frieden statt NATO!** Der Weltfrieden und das Leben der Menschen müssen als höchstes Gut betrachtet werden. Setzen wir uns gemeinsam gegen Kriege und für ein lebenswertes Dasein der unzähligen Kriegsflüchtlinge in der Welt ein.

**Ulrich Wunderlich**, BO Trebbin

# TTIP – Herausforderung auch für die Kommunen

Die Demonstrationen auf den Straßen von Helsinki bis Lissabon gegen TTIP, die Proteste von Künstlern, von Regionen und Städten, selbst von Politikern aus verschiedensten Parteien gegen das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA, sind allgegenwärtig. Die Unterschriftenkampagne für einen sofortigen Stopp der Verhandlungen, die inzwischen weit über eine Million Unterzeichnende erhalten hat. Auf der anderen Seite auch die öffentliche Werbung für den schnellstmöglichen Abschluss des TTIP-Abkommens durch die Chefs der deutschen Autoindustrie.



Was steckt hinter den Argumenten von großartigen Wachstumsperspektiven und vielen neuen Arbeitsplätzen durch TTIP seitens der EU-Kommission und nationaler Wirtschaftsverbände einerseits und den Sorgen um hiesige, demokratisch erstrittene Standards und Normen in der Produktion und Konsumtion von Gütern andererseits?

Das geplante Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) würde bei seiner Umsetzung ebenso wie das bereits ausgehandelte Abkommen mit Kanada CETA sowie weiteren Verträgen zur »Liberalisierung« der Märkte weitreichende Auswirkungen auf unseren Lebensalltag, auf zentrale Regelungen der Wirtschaftstätigkeit, auf die öffentliche Daseinsvorsorge, die Landwirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit gerade von kleinen und mittleren Unternehmen haben. Unterschiedlich hohe Standards in der EU und in den USA für Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz, für den Erhalt der Umwelt oder die Güte und Sicherheit unserer Lebensmittel könnten dem Drängen auf Profit zum Opfer fallen. Demokratische Entscheidungsprozesse drohen wie die beabsichtigte perspektivische »regulatorische Zusammenarbeit« ausgehebelt zu werden. Der vorgesehene Investorenschutz-Mechanismus mit gesonderten privaten Schiedsgerichten (ISDS) – der in einer öffentlichen Konsultation der EU-Kommission von einer breiten Bevölkerungsmehrheit abgelehnt, von großen Unternehmensgruppen aber befürwortet wurde – ermöglicht, dass ganze Staaten oder auch kleine Kommunen durch Großunternehmen in Haftung genommen werden, wenn sich deren Gewinnerwartungen durch »negative« gesetzliche Vorgaben oder Regelungen nicht erfüllen. Die Teilung der Welt in Nord und Süd, in Entwicklung und Armut würde durch die geplanten Verträge nicht überwunden, sondern sogar vertieft.

Gerade Kommunen – auch in Brandenburg – könnten nach bisherigem Verhandlungsstand von TTIP betroffen sein. Denn es geht nicht zuletzt um den zunehmend wichtigen Handel mit Dienstleistungen, insbesondere im öffentlichen Bereich. Dafür sind in Deutschland zumeist die Kommunen zuständig. Aber welche dieser wichtigsten Dienstleistungen – wie Wasserver- und -entsorgung, Nahverkehr oder Müllabfuhr – die Kommunen künftig selbst erbringen oder beauftragen, werden auch durch die Freihandelsabkommen beeinflusst? Dass die Konzerne bei der Durchsetzung ihrer Interessen nichts unversucht lassen, ist bekannt. So verklagte bereits 2009 der Energieriese Vattenfall die Stadt Hamburg, weil diese Umweltauflagen für ein Kohlekraftwerk gemacht hatte. All das macht die Dimensionen der TTIP-Strategie der EU deutlich: Es geht um einen gemeinsamen Markt auf beiden Seiten des Atlantiks mit Regeln und Standards für alle anderen Staaten und Akteure, wie künftig produziert werden soll. Grund genug für alle BürgerInnen sich einzumischen, nachzufragen und deutlich zu sagen: Stopp der Verhandlungen zu TTIP und analogen Abkommen. **Teltow-Fläming: TTIP-freier Landkreis.**

**Helmut Scholz**, Mitglied der LINKEN im Europäischen Parlament

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.fair-handeln-statt-ttip.de](http://www.fair-handeln-statt-ttip.de)

## Wir trauern um Prof. Dr. Helmut Fröhlich

22. Mai 1927 – 18. Dezember 2014

der mehr als fünf Jahrzehnte mit seinem wachen Geist und Ideen die Arbeit und die Diskussionen innerhalb unserer Partei bereicherte.

## LESEULE



Die menschenfeindlichen Angriffe auf die französische Satire-Zeitschrift »Charlie Hebdo« zeigen, dass religiöser Fanatismus keine Hemmschwelle kennt, Menschen wegen einer anderen Sicht auf die Dinge brutal zu ermorden.

Durch diese Ereignisse wurde ich an Kurt Tucholsky erinnert, der anlässlich seines 80. Todestages mehr oder minder durch verschiedene Medien gewürdigt worden war. Er selbst gilt bis heute als ein Meister der Satire und hat sich bereits 1919 mit der Frage befasst: »Was darf Satire?«. Er schreibt in dem Aufsatz: »Wenn einer bei uns einen guten politischen Witz macht, dann sitzt halb Deutschland auf dem Sofa und nimmt übel ... Die Satire beißt, lacht, pfeift und trommelt die große, bunte Landsknechtstrommel gegen alles, was stockt und träge ist. Satire ist eine durchaus positive Sache.«

»Der Satiriker ist ein gekränkter Idealist; er will die Welt gut haben, sie ist schlecht, und nun rennt er gegen das Schlechte an.« »Übertreibt die Satire? Die Satire muss übertreiben und ist ihrem tiefsten Wesen nach ungerecht. Sie bläst die Wahrheit auf, damit sie deutlicher wird ...«. Tucholsky schließt seine Darlegung: »Was darf die Satire? Alles.«

Die Rolle der Satire in der Literatur ist vergleichbar mit der Rolle der Karikatur in der bildenden Kunst. Beide gemeinsam eingesetzt, lassen manchem Betrachter/Leser ein »Licht aufgehen«. Tucholsky selbst hat alle satirischen Tonlagen beherrscht. Alle Politiker sollten seine »Ratschläge für einen schlechten Redner« und die »Ratschläge für einen guten Redner« nicht nur kennen, sondern auch anwenden. Als eine der schärfsten politischen Satiren sehe ich seinen 1932 geschriebenen Aufsatz »Hitler und Goethe«. Es lohnt sich, in seinen Werken wieder mal nachzulesen, sich zu erinnern. Eine gesamte Werkausgabe stand in der DDR seit 1958 den Lesern zur Verfügung.



Wer es nicht so scharfzünftig mag, lese »Rheinsberg« oder »Schloß Gripsholm«. Es lohnt sich. Leider verzweifelte er 1935 an den gesellschaftlichen Verhältnissen und setzte seinem Leben selbst ein Ende, er wurde nur 44 Jahre alt.

**Ingrid Köbke**,  
Nuthe-Urstromtal

Kurt Tucholsky in Paris,  
1928

**Liebe Leserin, lieber Leser,**  
da so eine Zeitung natürlich die Meinungen unserer AutorInnen verbreitet, sind wir an Debatten und Meinungen interessiert – auch von Euch/Ihnen!  
Wir freuen uns über Eure/Ihre Zuschriften, die wir hier gern (falls nötig sinnwährend gekürzt) veröffentlichen und so Diskussionsraum bieten wollen.

**E-Mail:**  
redaktion@  
dielinke-teltow-flaeming.de

**Postanschrift:**  
**DIE LINKE. Teltow-Fläming**  
Zinnaer Straße 36  
14943 Luckenwalde

## ZITIERT:

**Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte.**

**Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hinein treiben in Feindschaft und Hass gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß. Lernen Sie miteinander zu leben, nicht gegeneinander.**

**Bundespräsident Richard von Weizsäcker (\* 15. April 1920; † 31. Januar 2015) in seiner Rede am 8. Mai 1985**

# Gedenken zum 70. Jahrestag in Teltow-Fläming

Mit einer bewegenden Gedenkveranstaltung auf dem Marktplatz Zossen haben Bürgerinnen und Bürger aus der Region am Holocaust-Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Unter Ihnen waren viele Vertreter der Basisorganisationen der Partei DIE LINKE aus der Gemeinde Am Mellensee und der Stadt Zossen.

Auf den Tag genau 70 Jahre, nachdem die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau befreite, wurde auf Einladung der Bürgerinitiative »Zossen zeigt Gesicht« auf dem Zossener Marktplatz an alle Opfer des nationalsozialistischen Regimes erinnert. An den drei Zossener Stolperstein-Adressen wurde am späten Nachmittag an jene Zossener Juden erinnert, die dem Holocaust zum Opfer fielen. Jörg Wanke mahnte, die Erinnerung und das Gedenken an den Holocaust aufrecht zu halten. Das Gedenken gehört in unseren Alltag, muss Teil unseres Alltags bleiben. Auschwitz ist auch Auftrag, jeder Form von Faschismus, Rassismus oder Antisemitismus, jeder Form von



Hass und Ausgrenzung konsequent entgegenzutreten.

Der diesjährige Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus stand in Zossen auch im Zeichen der Flüchtlingshilfe. Deshalb erinnerte Jörg Wanke daran, dass es während der Zeit des Nationalsozialismus Länder gab, die verfolgte Deutsche aufgenommen haben und ihnen so das Überleben ermöglichten. Werner Borchert las den Aufruf der Bürger-

initiative »Zossen zeigt Gesicht« für einen runden Tisch »Flüchtlinge und Asylbewerber« vor. »Zossen zeigt Gesicht« will sich einbringen, will den neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die ersten Schritte in Zossen erleichtern, Kontakte schaffen, Fragen beantworten, Menschlichkeit vermitteln. Dafür sucht die Bürgerinitiative Verbündete.

**Carsten Preuß, Zossen**

**Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus** erinnert an alle Opfer eines beispiellosen totalitären Regimes während der Zeit des Nationalsozialismus: »Juden, Christen, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, politisch Andersdenkende sowie Männer und Frauen des Widerstandes, Wissenschaftler, Künstler, Journalisten, Kriegsgefangene und Deserteure, Greise und Kinder an der Front, Zwangsarbeiter und an die Millionen Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden«.



Friedhof des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers STALAG IIIA in Luckenwalde



Gedenken in Ludwigsfelde

Angelika Linke

**In diesem Jahr jährte sich die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zum 95. Mal.** Der Kreisverband Teltow-Fläming gedachte auch in diesem Jahr wieder diesem Ereignis und war mit rund 20 Genossinnen und Genossen und unserem Kreisvorsitzenden vor Ort. Mit tausenden Weiteren nahmen wir am stillen Gedenken teil und und legten am zentralen Mahnmal in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin Friedrichsfelde rote Nelken nieder.



Felix Thier

**NACHGEFRAGT:**

Einer von uns

**André Holländer**

Jahrgang 1986, lebt seit 2000 in Jüterbog, machte am Goethe-Schiller-Gymnasium das Abitur, war im Jugendclub in Luckenwalde tätig, dann als Zivi im Pflegeheim Jüterbog. Nach einem weiteren Jahr als Pflegekraft studierte er an der katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin, die er als Sozialarbeiter/Sozialpädagoge, absolvierte. Er war studentischer Mitarbeiter bei einem Professor und hat an Forschungen und Expertisen mitgewirkt. Seitdem arbeitet er als Sozialpädagoge im Regionalen sozialen Dienst des Jugendamtes Treptow-Köpenick. Er ist Ausbilder für JugendleiterInnen, Dozent für Fachkräfte aus dem sozialen Bereich zu verschiedenen Themen. Außerdem ist er Familienpate im Netzwerk gesunde Kinder und sachkundiger Einwohner im Sozialausschuss Jüterbog.

**Was ist für dich links?**

Links ist für mich Gerechtigkeit zu forcieren, Machtstrukturen in den Blick zu nehmen und Menschen die Ressourcen in die Hand zu geben, die sie für eine gelingende Gestaltung ihres Lebens brauchen.

**Was regt dich auf?**

Am meisten regt mich die zu weiten Teilen entsolidarisierte Gesellschaft auf, die im Ergebnis mehr Austausch-, Macht- und Ausstattungsprobleme erzeugt.

**Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?**

Überrascht ist vielleicht der falsche Begriff aber ich freute mich zuletzt sehr über das tolle Engagement vieler Menschen für die Menschen im Übergangswohnheim Jüterbog. Es ist schön zu sehen, wie trotz sprachlicher Hemmnisse auf beiden Seiten Kommunikation und persönlicher Kontakt entstehen kann.

**Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?**

Ich lebe gerne hier.

**Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?**

Ich schätze Menschen, die ehrlich sind, sich selbst nicht so wichtig nehmen und solche die den Mut haben sich im Kleinen und Großen für ihre Mitmenschen einzusetzen.

**Wie sollte Jüterbog in zehn Jahren aussehen, oder was wünschst du dir für Jüterbog? Anders formuliert: Wovon träumst du?**

Der Glanz der Stadt, also der oberflächliche Schimmer, ist sicherlich ganz nett. Jedoch wünsche ich mir ein Jüterbog, in dem sich nicht nur die Touristen wohl fühlen. Deshalb träume ich von einer Stadt, die ihre BürgerInnen ernst nimmt und der sich diese wohl und angenommen fühlen. Insbesondere Familien brauchen verlässliche und nahe Strukturen, die sie bei ihren vielfältigen Aufgaben unterstützen.

Nachgefragt hat Maritta Böttcher

**DABEI SEIN:  
TERMINE UND AKTIONEN**

**Sitzung der Kreistagsfraktion**  
16. Februar, 19 Uhr  
Kreishaus Luckenwalde

**Rechtsstaat vs. Unrechtsstaat**  
mit Dr. Volkmar Schöneburg  
25. Februar, 17 Uhr  
Geschäftsstelle in Luckenwalde

**FrühLinksEmpfang**  
der Kreistagsfraktion und des  
Kreisvorstandes, 5. März, 17 Uhr  
Kreishaus, Raum Luckenwalde

**Frauentagsfeier und Roter Treff**  
des RV Teltow-Fläming Süd  
6. März, 14.30 Uhr  
Geschäftsstelle Jüterbog

**Frauentagsfeier**  
der BO Mahlow, 9. März, 14 Uhr  
Vereinshaus Mahlow, E.-Kant-Str. 3

**Frauentagsfeier**  
10. März, 15 Uhr  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**Frauentagsfeier**  
Luckenwalde  
und Nuthe-Urstromtal  
12. März, 15 Uhr, Wüst, Arndtstr.

**Vor Ort: Thematische Beratung  
des Kreisvorstandes mit der  
Kreistagsfraktion**  
14. März, 9.30 Uhr  
Mahlow, Haus der Begegnung

**Beratung der BO-Vorsitzenden**  
16. März, 18 Uhr  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**Karikatur als politische  
Kulturtechnik im Spiegel  
der Geschichte**  
Vortrag von Sven Rosig (Berlin)  
18. März, 17 Uhr  
Geschäftsstelle in Luckenwalde

**Roter Treff**  
des RV Teltow-Fläming Süd  
3. April, 16 Uhr  
Geschäftsstelle Jüterbog

**Osterhasenfest**  
4. April, 10 Uhr  
Schlosspark Jüterbog

**Linkstreff**  
9. April, 18 Uhr  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**Beratung der BO-Vorsitzenden**  
20. April, 18 Uhr  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**Skat-und Rommé-Abend**  
23. April, 18 Uhr  
Geschäftsstelle Jüterbog

**25. Familienfest am  
14 bis 18 Uhr, Boulevard Luckenwalde**

- Eröffnung durch Felix Thier, Mitglied des Kreistages Teltow-Fläming und Vorsitzender des Kreisverbandes DIE LINKE.TF
- Live-Musik mit der »Luckenwalder Blasmusik«, »Josi & Chris« den »Lustigen Beelitzern«, Showgruppen und weiteren Überraschungen für Auge und Ohr
- große Tombola
- Kaffee und Kuchen
- Antiquariat: Bücher, Schallplatten, CDs
- Abgeordnetenzentrum mit Vertretern aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik
- Minibücher
- Quiz mit Sachpreisen
- Info-Stände von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften
- Gegrilltes und Getränke

**Für unsere kleinen Gäste:**

- Musikalische Spiele-Show mit Hüpfburg sowie dem Mobilen Fahrrad-Parcours

**100% sozial.****DIE LINKE.**  
Kreisverband Teltow-Fläming

## DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

### Geschäftsstellen

14943 Luckenwalde  
Zinnaer Straße 36  
Telefon: 03371 632267  
Telefax: 03371 636936  
E-Mail: info@dielinke-  
teltow-flaeming.de  
www.dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog  
Große Straße 62  
Telefon: 03372 432691  
Telefax: 03372 443033  
E-Mail: tf.sued@dielinke-  
teltow-flaeming.de  
www.dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde  
Albert-Tanneur-Straße 17  
Telefon: 03378 510653  
Telefax: 03378 510654  
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-  
teltow-flaeming.de  
www.dielinke-ludwigsfelde.de

www.facebook.com/dielinke.tf

### Auch interessant:

www.dielinke-rangsdorf.de;  
www.facebook.com/  
dielinke.rangsdorf

www.dielinke-zossen.de;  
www.facebook.com/  
DIE.LINKE.ZOSSEN

www.dielinke-  
blankenfelde-mahlow.de

**Leserbriefe  
und Zuschriften  
sind ausdrücklich  
erwünscht.**

**Nächste Ausgabe:  
15. April 2015**

### Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.  
Kreisverband Teltow-Fläming  
V.i.S.d.P.: Felix Thier  
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de  
Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier  
Redaktionsschluss: 30. Januar 2015  
Layout und Druck: MediaService GmbH  
Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,  
100% Recycling  
Auflage: 2000, Februar 2015  
Veröffentlichte Beiträge müssen  
nicht in jedem Fall mit der Meinung  
des Herausgebers übereinstimmen.



### DIE LINKE als Unterstützer Spiel- und Sportfest für Kinder aus dem Asylbewerberheim

Vier Schülerinnen des Oberstufen-  
zentrums Luckenwalde hatten eine

besondere Idee für ihr Projektthema:  
Sie organisierten am 15. Dezember  
2014 ein Spiel- und Sportfest für  
Kinder des Asylbewerberheimes  
in der Luckenwalder Forststraße.  
Von der Idee bis zur Vollendung  
des Projektes vergingen einige Wo-  
chen, denn vieles musste neben

### Roter Treff in Jüterbog

Weil Mitgliederversammlungen zu  
selten und meistens mit ihrem engen  
Zeitplan für Wahlen und Beschlüsse  
wenig Raum für Debatten lassen,  
haben Genossinnen und Genos-  
sen aus Jüterbog, Niedergörsdorf,  
Dahme und Niederer Fläming sich

zusammengetan, um ab Februar  
jeden ersten Freitag im Monat ab 16  
Uhr in der Geschäftsstelle in Jüter-  
bog einen offenen Gesprächsabend  
zu organisieren und den Austausch  
über aktuelle und grundlegende  
politische Themen zu führen.  
Zur ersten Versammlung wurde die  
Landtagsabgeordnete und Landes-

### Ohne Zeitungsverteiler ...

... geht kein »Linksblick«  
an unsere Leser.

Um ihnen Danke zu sagen, treffen sie  
sich aus der Region Luckenwalde/  
Nuthe-Urstromtal jährlich einmal  
in gemütlicher Runde. Immerhin  
werden in unserem Gebiet fast 600  
Exemplare unserer linken Zeitung  
verteilt.

Am 21. Januar 2015 hatte Gabi Plu-  
ciniczak als Kreisvorstandsmitglied,  
Schatzmeisterin und Regionalverant-  
wortliche uns Zeitungsverteiler zur  
Gesprächsrunde eingeladen. Wir  
kamen gern, denn es gibt immer po-  
litische Neuigkeiten auszutauschen.  
Dass die angespannte Situation in  
vielen Gebieten unseres Erdballs die  
Diskussion inhaltlich bestimmt hat,  
halten viele für selbstverständlich.  
Aber die Älteren unter uns zogen  
ihre eigenen Erfahrungen der Kriegs-  
und Nachkriegszeit mit heran. »Wer

einmal als 17-Jähriger Krieg direkt  
mitemerlebt hat, rechts und links Ka-  
meraden hat sterben sehen, der  
wird diese Bilder bis ans Ende seines  
Lebens nicht mehr los«, formulierte  
Werner Eiserbeck seine Erkenntnis.  
Josef Sagner hatte einen Tag zuvor  
die Eröffnung der Ausstellung über  
das Internierungslager Nr. 5 bei Ket-  
schendorf mitemerlebt. Er selbst hatte  
dort seinen Vater verloren. Auch die  
kritische Situation in der Ukraine  
stand zur Debatte, so auch die Frage,  
ob die dortigen Bewohner nichts aus  
dem 2. Weltkrieg gelernt hätten.  
Hier mussten wir einige historische  
Fakten bemühen, um ansatzweise  
Ursachen für diese Auseinanderset-  
zung zu finden.  
So trugen alle Teilnehmer zum guten  
Gelingen dieser Veranstaltung bei.  
Wir danken allen fleißigen Helfern,  
die sich um unser kulinarisches Wohl  
bemüht haben, um dem Treffen einen  
angenehmen Rahmen zu verleihen.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

der Herstellung des Kontaktes zur  
Heimleitung organisiert werden.  
Dieses Projekt wurde unter ande-  
rem auch von der Partei DIE LINKE  
finanziell unterstützt. Aber nicht  
allein das, denn Schatzmeisterin  
Gabriele Pluciniczak übergab ne-  
ben dem Geld auch gleich noch  
mehrere von einigen Genossinnen  
liebervoll selbstgebackene Kuchen.  
Sie war auch dabei, als die ca. 20  
kleinen Mädchen und Jungen aus  
Tschetschenien, Serbien und Russ-  
land mit Spiel und Sport überrascht  
wurden. In Mannschaften aufgeteilt,  
kämpften sie um sportliche Siege.  
Dabei hatten die Kinder sichtlich  
viel Spaß, vielleicht konnten sie  
auch ihre traumatischen Erlebnisse  
aus der Vergangenheit ein wenig  
vergessen. Danach bekamen alle  
kleine Preise und »stürzten« sich  
auf das süße Buffet, das sie sich  
gern schmecken ließen.

Sabine Gumpel, BO Trebbin

geschäftsführerin Andrea Johlige  
eingeladen, die auch Mitglied im  
Landesvorstand ist. Mit ihr wurde  
über die aktuellen Vorhaben unse-  
rer Partei in der Landespolitik, die  
Arbeit der Landtagsfraktion und die  
Entscheidungen der Regierungsko-  
alition debattiert.

Regionalverband TF Süd



### Unsere Jüngste!

Carla komplettiert seit dem  
2. Januar 2015 um 17.30 Uhr  
mit einem Gewicht von 2900  
Gramm und einer Größe von  
50 cm die Familie von Anne  
und Sascha.  
Herzlichen Glückwunsch  
und nur Freude für euch drei!